



HESSISCHER LANDTAG

15.11.2004

*Dem
Haushaltsausschuss
überwiesen*

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über
die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das
Haushaltsjahr 2005 (Haushaltsgesetz 2005)
und zur Änderung der Hessischen Landeshaushaltsordnung
Drucksache 16/2703**

- Einzelplan 05 -

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 05 05 Vollzugsanstalten
Zu Titel 538 02 Kosten der Betreibergesellschaft der
Justizvollzugsanstalt Hünfeld

Als weitere Erläuterung wird ergänzt:

1. Die Mittel sind gesperrt.
2. Die Freigabe der Mittel erfolgt mit Zustimmung des Haushaltsausschusses auf Vorschlag des Unterausschusses Justizvollzugs erst dann, wenn die Landesregierung dort auf Basis des Leistungsverzeichnisses der Ausschreibung ein Konzept für den privat betriebenen Teil der JVA Hünfeld vorgelegt hat.

Begründung:

Die vorgesehenen Leistungen wurden zwar ausgeschrieben und ein Betreiber der Öffentlichkeit präsentiert. Das Konzept und insbesondere die Abgrenzung zum Kernbereich des hoheitlichen Handelns gegenüber dem Einsatz privater Vollzugshelfer auf der Basis der Leistungsbeschreibung der Ausschreibung liegt aber bisher weder dem RTA noch dem UJV vor. Der Vorbehalt soll sicherstellen, dass der Haushaltsgesetzgeber nicht Mittel bewilligt, deren Verwendung bisher nicht im einzelnen dargelegt wurde.

Wiesbaden, 8. November 2004

Der Fraktionsvorsitzende:
Tarek Al-Wazir